

Antrag

an die Bundesjugendversammlung der BUNDjugend 2019

Initiator*innen: BJV (beschlossen am: 25.05.2019)

Titel: Positionierung zu Biodiversität

Antragstext

1 Die Bundesjugendversammlung fordert die bundesdeutsche Politik auf, die
2 Nationale Biodiversitätsstrategie (NBS) endlich konsequent umzusetzen und den
3 Erhalt der biologischen Vielfalt zu gewährleisten. Dabei sollen alle relevanten
4 Akteur*innen insbesondere die Jugend als eigenständige Interessensgruppe,
5 miteinbezogen werden .

6 Biologische Vielfalt – das heißt die gesamte Diversität an Pflanzen, Tieren,
7 Pilzen und Mikroorganismen – ist eine existenzielle Grundlage für das
8 menschliche Leben. Durch sie werden globale Stoffkreisläufe und unser Klima
9 reguliert. Auch auf regionaler Ebene werden fruchtbare Böden sowie die
10 Reinhaltung von Wasser und Luft durch Biodiversität gewährleistet. [1]

11 Die Bundesregierung hat 2007 durch die NBS eine Strategie zur Umsetzung der
12 internationalen Biodiversitätskonvention (Convention on Biological Diversity,
13 CBD) von 1992 formuliert [2] und sich dazu verpflichtet, die Vielfalt der Arten,
14 deren Lebensräume sowie die genetische Variabilität zu erhalten und sogar
15 auszubauen. Dieses Ziel soll über mehrere Stränge realisiert werden und bis 2020
16 zu einer wesentlichen Verbesserung des Ausgangszustandes führen. [3]

17 Im kommenden Jahren werden aber nicht nur die Klimaziele deutlich verfehlt,
18 sondern auch die selbst gesteckten Ziele der NBS. Die Dringlichkeit eines
19 konsequenten Schutzes der Arten und der Biotope muss bei den zuständigen
20 Behörden endlich zu einer schnelleren und effektiveren Umsetzung der in der
21 Biodiversitätsstrategie beschlossenen Maßnahmen führen, um dem sechsten großen
22 Artensterben der Erdgeschichte entgegenzuwirken und eine lebenswerte Grundlage
23 für die nachfolgenden Generationen zu erhalten. [4]

24 **Kollidierender Änderungsantrag: [Ä5](#)**

25 Im kommenden Jahren werden aber nicht nur die Klimaziele deutlich verfehlt,
26 sondern auch die selbst gesteckten Ziele der NBS. ...

27 **Schutz der Arten**

28 Das Insektensterben hat im vergangenen Jahr viel Aufmerksamkeit in der
29 Öffentlichkeit bekommen, über die alarmierende Situation der Artenvielfalt sowie
30 die rückläufige Artenzahl wird weiterhin berichtet. Besonders verdeutlicht das
31 ein erfolgreiches Volksbegehren in Bayern 2019. Nun gilt es, den Artenrückgang
32 durch aktiven Schutz und nachhaltige Landnutzungsformen so weit wie möglich
33 aufzuhalten. Darüber hinaus soll durch kontinuierliches, staatlich finanziertes
34 Monitoring von bedrohten Arten die Entwicklung der Populationen weiter
35 beobachtet werden.

36 Ein besonders umfangreicher Schutz soll den Arten der roten Liste (IUCN Red List
37 und BfN) zu Gute kommen, denn ihr Erhalt ist von entscheidender Bedeutung für
38 eine Artenvielfalt über Umweltveränderungen hinaus. [9, 10] Tier-, Pilz- und
39 Pflanzenarten, die ihren Verbreitungsschwerpunkt in der Bundesrepublik
40 Deutschland haben, sogenannte Verantwortungsarten, gilt es ebenfalls besonders
41 zu schützen.

42 Zudem fordern wir, die bereits bestehenden, umfangreichen Maßnahmenkataloge
43 zukünftig konsequent umzusetzen und nicht durch wirtschaftliche
44 Interessenvertretungen aufzuhalten. [8]

45 **Schutz der Lebensräume**

46 Der Mensch hat in Europa fast alle Landstriche beeinflusst, sodass es kaum
47 Wildnisgebiete in Deutschland gibt, die als natürlich oder einer un gelenkten
48 Entwicklung überlassen bezeichnet werden können. Natürliche Prozesse sind jedoch
49 für viele Arten und Lebensräume besonders bedeutsam und somit ist ihr Schutz und
50 ihre erneute Entwicklung ein wesentliches Ziel des Naturschutzes. [5]

51 So sollen bis 2020 mindestens 5% der Landesfläche in sekundäre Wildnis überführt
52 werden. Vor allem Landnutzer*innen wie die Land- und Forstwirtschaft, der
53 Bergbau und die Fischerei haben eine hohe Verantwortung in Bezug auf die
54 Beeinflussung der Lebensräume und deren Strukturvielfalt. Einige der
55 Hauptursachen für den Artenrückgang sind die Habitatfragmentierung, -
56 zerschneidung oder -zerstörung.

57 Die Ausweisung weiterer Schutzgebiete verschiedener Klassifikationen muss – so
58 weit wie möglich – im Einvernehmen mit allen lokalen Interessengruppen umgesetzt
59 werden. Bedrohte Biotope haben dabei besondere Priorität. [7] Darüber hinaus
60 benötigen Arten zur ungestörten Fortbewegung bundesweite Biotopverbunde, die zu
61 ihrem speziellen Lebensraum passen. Diese Landschaftskorridore müssen

62 ausgeweitet werden, um eine möglichst natürliche Wanderungsbewegung (in
63 möglichst viele Richtungen) zu gewährleisten. [6]

64 Infrastrukturerschneidungen wie Autobahnen oder Zugtrassen stehen diesen Zielen
65 genauso im Weg wie degradierte Landstriche. Die weitere Netto-Versiegelung von
66 Flächen soll gestoppt werden und Renaturierungsprojekte zu naturnahen
67 Ausgangszuständen gefördert werden.

68 **Schutz der genetischen Variabilität**

69 Biotopverbunde sind vor allem beim genetischen Austausch innerhalb von Arten ein
70 entscheidendes Instrument, um eine Verarmung des Genpools zu verhindern. Ein
71 positives Beispiel hierfür bietet das Grüne Band an der ehemaligen
72 innerdeutschen Grenze, an der ein etwa 1400 km langer Korridor mit besonderem
73 Schutzstatus geschaffen wurde. [6] Vergleichbare Projekte, wie zum Beispiel der
74 Bau von weiteren Wildtierbrücken, sollen in Zukunft realisiert und unterstützt
75 werden, um isolierte Populationen erneut zusammenzuführen.

76 Der Ausbreitung von gebietsfremden Arten muss dagegen Einhalt geboten werden. Es
77 dürfen nicht noch mehr nicht-einheimische Tier- und Pflanzenarten (Neobiota)
78 nach Deutschland gelangen, um Konkurrenzeffekte und Prädation¹ zwischen den
79 neuen und heimischen Arten auszuschließen. Hybridisierung² führt zusätzlich zu
80 einer Verarmung des ursprünglichen, natürlichen Genpools. Neobiotamanagement
81 soll sich auf sinnvolle, kleinräumige Orte beschränken, wo einheimische Arten
82 stark von Neulingen bedroht sind, aber noch eine gute Chance besteht, die
83 natürliche Flora und Fauna zu erhalten. Dort müssen die Bekämpfungsmaßnahmen
84 umso konsequenter umgesetzt werden.

85 Es gibt viele ökologische, ökonomische, sozio-kulturelle und ethische Gründe für
86 die Erhaltung der biologischen Vielfalt. [1] Doch bisher werden die Maßnahmen
87 nur unzureichend umgesetzt, es passiert viel zu wenig! Deshalb fordern wir als
88 BUNDjugend von der Bundesregierung als ersten Schritt eine umfassende und
89 konsequente Umsetzung der Ziele der NBS. Und auch künftig einen ambitionierten
90 Schutz der Biodiversität!

91 -----
92 -----

93 **Fußnoten:**

94 [\[1\]](#) Prädation: Beziehungen zwischen Räuber und Beute

95 [\[2\]](#) Hybridisierung: Kreuzung zwischen verschiedenen Arten

96 **Links/Quellen:**

- 97 [1] [https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/biologischevielfalt/Dokumente/](https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/biologischevielfalt/Dokumente/broschuerebiologvielfaltstrategie_bf.pdf)
98 [broschuerebiologvielfaltstrategie_bf.pdf](https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/biologischevielfalt/Dokumente/broschuerebiologvielfaltstrategie_bf.pdf)
- 99 [2] <https://www.cbd.int/convention/text/default.shtml>
- 100 [3] <https://www.bmu.de/naturschutz-offensive-2020/>
- 101 [4] [https://www.bmu.de/themen/natur-biologische-vielfalt-arten/naturschutz-
102 \[biologischevielfalt/allgemeines-strategien/nationale-strategie/\]\(https://www.bmu.de/themen/natur-biologische-vielfalt-arten/naturschutz-biologischevielfalt/allgemeines-strategien/nationale-strategie/\)](https://www.bmu.de/themen/natur-biologische-vielfalt-arten/naturschutz-biologischevielfalt/allgemeines-strategien/nationale-strategie/)
- 103 [5] <https://www.bfn.de/themen/biotop-und-landschaftsschutz/wildnisgebiete.html>
- 104 [6] <http://www.erlebnisgruenesband.de/gruenes-band.html>
- 105 [7] <https://www.bfn.de/themen/rote-liste/rl-biotoptypen.html>
- 106 [8] [https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/web/
107 \[babel/media/-20130205_nrw_leitfaden_massnahmen.pdf\]\(https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/web/babel/media/-20130205_nrw_leitfaden_massnahmen.pdf\)](https://artenschutz.naturschutzinformationen.nrw.de/artenschutz/web/babel/media/-20130205_nrw_leitfaden_massnahmen.pdf)
- 108 [9] <https://www.iucnredlist.org/>
- 109 [10] <https://www.bfn.de/themen/rote-liste/veroeffentlichungen.html>

Begründung

Der letzte Antrag der BUNDjugend zum Thema Biodiversität liegt inzwischen acht Jahre zurück. Bei der Beschäftigung des Bundesvorstands mit den bestehenden politischen Positionen der BUNDjugend wurde deutlich, dass es hier, im Gegensatz zu anderen Themenfeldern, kaum ausformulierte Positionen gibt. Dies scheint umso nötiger, da die Ziele der Nationalen Biodiversitätsstrategie bis 2020 nicht mal annähernd erreicht werden. Daraus ist die Initiative für diesen Antrag entstanden.

Antrag

an die Bundesjugendversammlung der BUNDjugend 2019

Initiator*innen: Bundesvorstand (beschlossen am: 03.05.2019)

Titel: **Positionierung: Gegen völkische Tradition und menschenverachtende Einstellungen in der Umweltbewegung**

Antragstext

1 Völkische Ideologie und ein verklärter Heimatbegriff haben im Natur- und
2 Umweltschutz nichts zu suchen. Wir stehen für eine progressive Umweltbewegung,
3 die sich neben dem Schutz der biologischen Vielfalt für eine gesellschaftliche
4 Vielfalt einsetzt!

5 **Wir distanzieren uns von rechtem Gedankengut in**
6 **jeglicher Form**

7 Wir lehnen völkische Ideologie und „Blut und Boden“-Ideologie¹ generell und
8 im Naturschutz ab. Eine Zusammenarbeit mit jeglichen Gruppierungen, Parteien und
9 Organisationen, die diskriminierendes Gedankengut verbreiten, lehnen wir ebenso
10 ab. Wir bieten Mitgliedern und Sympathisant*innen solcher Gruppierungen,
11 Parteien oder Organisationen keine Bühne. Ein Beispiel einer solchen Partei
12 stellt momentan die „Alternative für Deutschland“ dar.

13 Wir widersprechen öffentlich und verbandsintern rassistischen und
14 menschenverachtenden Aussagen und schließen ggf. Mitglieder aus, die sich
15 entsprechend äußern.

16 **Wir setzen uns für Klimagerechtigkeit ein**

17 Der Klimawandel muss als Fluchtursache anerkannt werden, denn er kennt keine

18 Grenzen. Der globale Norden muss für verursachte Schäden in Ländern des
19 globalen Südens haften. Auch muss finanziell in Maßnahmen zur Anpassung an den
20 Klimawandel investiert werden.

21 Der Klimawandel trifft Arme und Frauen* besonders stark. Wir wollen diese
22 Gruppen stärken und ihnen eine Stimme geben. Klimagerechtigkeit funktioniert
23 nur mit Geschlechtergerechtigkeit.

24 **Kritischer und bewusster Umgang mit kolonialem** 25 **Erbe**

26 Wir setzen uns für einen verantwortungsbewussten und kritischen Umgang mit dem
27 deutschen kolonialen Erbe im Naturschutz ein. Weiße haben im Zuge der
28 Kolonialisierung nicht nur lokale Gemeinschaften und Völker vertrieben, sondern
29 auch deren Lebensräume nachhaltig zerstört bis hin zur Ausrottung einiger
30 Arten.

31 Menschenrechtsverletzungen durch die Gier nach Rohstoffen müssen gestoppt und
32 zur Klage gebracht werden. Dafür müssen insbesondere im Ausland tätige
33 Unternehmen ihre Verantwortung für alle Schritte in der Lieferkette wahrnehmen.

34 **Für einen kritischen Heimatbegriff**

35 Mit dem Heimatbegriff muss sich fortwährend kritisch auseinandergesetzt werden.
36 Heimat umfasst viele verschiedene Identitäten, diese sollten in diesem Begriff
37 vertreten sein. Heimat kann ein Plural und mehr sein als ein Ort oder ein
38 Gefühl. Wir wollen diesen Begriff selbst gestalten, ihn neu besetzen und nicht
39 Rechten überlassen.

40 **Wir pflegen ein offenes und** 41 **antidiskriminierendes Miteinander**

42 Wir reflektieren stetig unsere eigenen Privilegien und Macht. Wir achten darauf,
43 dass möglichst viele Gruppen, die Benachteiligung erlebt haben, an unseren
44 Veranstaltungen teilhaben können. Bei uns sind alle jungen Menschen willkommen,
45 unabhängig von Herkunft, Bildungsgrad, Sprache, seelischen, geistigen oder
46 körperlichen Beeinträchtigungen, Geschlecht, Geschlechtsidentität und
47 sexueller Orientierung.

48 -----
49 -----

50 **Fußnoten:**

51 [\[1\]](#) Die „Blut und Boden“-Ideologie gehört zum Standardrepertoire der

52 Rechten. Sie fußt auf der Grundannahme, dass ein Siedlungsgebiet (Boden) mit
53 einer eindeutigen „reinen“ arischen Abstammung (Blut) verknüpft ist.

54 **Links/Quellen:**

55 <https://www.kulturrat.de/thema/heimat/>

56 [https://www.riffreporter.de/flugbegleiter-koralle/riff_buchriffbuch-fragebogen-
gissibl/](https://www.riffreporter.de/flugbegleiter-koralle/riff_buchriffbuch-fragebogen-
57 gissibl/)

58 [https://www.survivalinternational.de/artikel/3522-kolonialer-Naturschutz-wird-
scheitern](https://www.survivalinternational.de/artikel/3522-kolonialer-Naturschutz-wird-
59 scheitern)

Antrag

an die Bundesjugendversammlung der BUNDjugend 2019

Initiator*innen: Bundesjugendversammlung 2019 (beschlossen am: 25.05.2019)

Titel: **Positionierung: Gegen völkische Ideologie und menschenverachtende Einstellungen in der Umweltbewegung**

Antragstext

1 Völkische Ideologie und ein verklärter Heimatbegriff haben im Natur- und
2 Umweltschutz nichts zu suchen. Wir stehen für eine progressive Umweltbewegung,
3 die sich neben dem Schutz der biologischen Vielfalt für eine gesellschaftliche
4 Vielfalt einsetzt!

5 **Wir distanzieren uns von rechtem Gedankengut in** 6 **jeglicher Form**

7 Wir lehnen völkische Ideologie und „Blut und Boden“-Ideologie¹ generell und
8 im Naturschutz ab. Eine Zusammenarbeit mit jeglichen Gruppierungen, Parteien und
9 Organisationen, die diskriminierendes Gedankengut verbreiten, lehnen wir ebenso
10 ab. Wir bieten Mitgliedern und Sympathisant*innen solcher Gruppierungen,
11 Parteien oder Organisationen keine Bühne. Ein Beispiel einer solchen Partei
12 stellt momentan die „Alternative für Deutschland“ dar.

13 Wir widersprechen öffentlich und verbandsintern rassistischen und
14 menschenverachtenden Aussagen und schließen ggf. Mitglieder aus, die sich
15 entsprechend äußern. Vor einem möglichen Ausschluss treten wir mit betroffenen
16 Mitgliedern in den Dialog.

17 **Wir setzen uns für Klimagerechtigkeit ein**

18 Der Klimawandel muss als Fluchtursache anerkannt werden, denn er kennt keine
19 Landesgrenzen. Der globale Norden muss für verursachte Schäden in Ländern des
20 globalen Südens haften. Auch muss finanziell in Maßnahmen zur Anpassung an den
21 Klimawandel investiert werden.

22 Ohnehin benachteiligte Gruppen wie beispielsweise ökonomisch Benachteiligte und
23 indigene Gemeinschaften sind vom Klimawandel besonders stark betroffen. Wir
24 wollen diese Gruppen in ihren aktiven Kämpfen unterstützen und stärken und ihnen
25 eine Stimme geben.

26
27 Klimagerechtigkeit funktioniert nur mit Geschlechtergerechtigkeit. Der
28 Klimawandel bestärkt die strukturelle Benachteiligung von Frauen*.

29 **Kritischer und bewusster Umgang mit kolonialem** 30 **Erbe**

31 Wir setzen uns für einen verantwortungsbewussten und kritischen Umgang mit dem
32 deutschen kolonialen Erbe im Naturschutz ein. Weiße² haben im Zuge der
33 Kolonialisierung lokale Gemeinschaften und Völker vertrieben und ihnen
34 systematisch Gewalt angetan, bis hin zum Völkermord. Lebensräume für Menschen,
35 Tiere und Pflanzen wurden nachhaltig zerstört.

36 Menschenrechtsverletzungen, zum Beispiel durch die Gier nach Rohstoffen, müssen
37 gestoppt und zur Klage gebracht werden. Dafür müssen insbesondere im Ausland
38 tätige Unternehmen ihre Verantwortung für alle Schritte in der Lieferkette
39 wahrnehmen.

40 **Für einen kritischen Heimatbegriff**

41 Mit dem Heimatbegriff muss sich fortwährend kritisch auseinandergesetzt werden.
42 Heimat umfasst viele verschiedene Identitäten, diese sollten in diesem Begriff
43 vertreten sein. Heimat kann ein Plural und mehr sein als ein Ort oder ein
44 Gefühl. Wir wollen diesen Begriff selbst gestalten, ihn neu besetzen und nicht
45 Rechten überlassen.

46 **Wir pflegen ein offenes und** 47 **antidiskriminierendes Miteinander**

48 Wir wollen unsere eigenen Privilegien und Macht hinterfragen und reflektieren.
49 Mit dem Themenkomplex "völkische Ideologie im Naturschutz" setzen wir uns auch
50 zukünftig weiter auseinander. Wir achten darauf, dass möglichst viele Gruppen,
51 die Benachteiligung erlebt haben, an unseren Veranstaltungen teilhaben können.
52 Bei uns sind alle jungen Menschen willkommen, unabhängig von Herkunft,
53 Bildungsgrad, religiöse Orientierung, Sprache, seelischen, geistigen oder
54 körperlichen Beeinträchtigungen, Geschlecht, Geschlechtsidentität und sexueller
55 Orientierung.

56 -----
57 -----

58 **Fußnoten:**

59 [\[1\]](#) Die „Blut und Boden“-Ideologie gehört zum Standardrepertoire der Rechten.
60 Sie fußt auf der Grundannahme, dass ein Siedlungsgebiet (Boden) mit einer
61 eindeutigen „reinen“ arischen Abstammung (Blut) verknüpft ist.

62 [2] Weiß (und Schwarz) bezeichnen hier nicht Hautfarben, sondern politische und
63 soziale Konstruktionen, die in der rassistisch geprägten Gesellschaft zu
64 Diskriminierung und Privilegien führen. Weiß wird explizit benannt, um die
65 dominante Position zu kennzeichnen, die sonst meist unausgesprochen bleibt.
66 (glokal 2013)

67 **Links/Quellen:**

68 <https://www.kulturrat.de/thema/heimat/>

69 [https://www.riffreporter.de/flugbegleiter-koralle/riff_buchriffbuch-fragebogen-](https://www.riffreporter.de/flugbegleiter-koralle/riff_buchriffbuch-fragebogen-gissibl/)
70 [gissibl/](https://www.riffreporter.de/flugbegleiter-koralle/riff_buchriffbuch-fragebogen-gissibl/)

71 [https://www.survivalinternational.de/artikel/3522-kolonialer-Naturschutz-wird-](https://www.survivalinternational.de/artikel/3522-kolonialer-Naturschutz-wird-scheitern)
72 [scheitern](https://www.survivalinternational.de/artikel/3522-kolonialer-Naturschutz-wird-scheitern)

A3

Antrag

an die Bundesjugendversammlung der BUNDjugend 2019

Initiator*innen: Bundesvorstand; Katharina Ebinger (beschlossen am: 03.05.2019)

Titel: **Positionierung: Nachhaltige Wissenschaft, Bildung und Forschung für Alle und mit Allen**

Antragstext

1 Wissenschaft und Forschung prägen unser Denken und Handeln. Insbesondere in
2 Anbetracht der großen globalen Herausforderungen braucht es wissenschaftliche
3 Forschung, die problemorientiert mit allen betroffenen gesellschaftlichen
4 Gruppen Lösungen sucht. Die Weitergabe und das Schaffen bestehenden und neuen
5 Wissens muss nachhaltiger gestaltet werden, sodass wirklich alle davon
6 profitieren, unabhängig ihres Alters, ihres Zugangs zum Bildungssystem und ihres
7 akademischen Vorwissens.

8 Als BUNDjugend sprechen wir uns somit aus für eine:

9 **Forschung und Entwicklung für und mit der** 10 **Gesellschaft**

11 Die Welt steht vor großen Herausforderungen. Die dringend notwendigen großen
12 Wenden, wie z. B. die Verkehrswende, die Energiewende oder die Ernährungswende,
13 verlaufen schleppend und setzen vor allem auf technische Lösungen statt auf
14 soziale Innovation.

15 Wir fordern eine transdisziplinäre Problemanalyse der globalen
16 Herausforderungen, an der sämtliche Fachbereiche aus Natur-, Sozial- und
17 Geisteswissenschaften mitarbeiten, um ein möglichst vollständiges Bild des
18 Systems zu erhalten. Wir fordern ebenso eine Visionsentwicklung aller
19 Fachgebiete mit allen Gruppen der Gesellschaft, um zielsicher mit den globalen

20 Herausforderungen umzugehen. Welche Utopien sind realisierbar? Was braucht es
21 dafür an institutionellen Änderungen? Um diese Fragen zu beantworten, erwarten
22 wir eine grundlegende Reflexion über bestehende Normen und Wertvorstellungen
23 innerhalb der Wissenschaft.

24 **Bildung für nachhaltige Entwicklung an allen** 25 **Einrichtungen**

26 Die Bildungseinrichtungen Schule, Hochschule und Berufsschule sowie berufliche
27 Weiterbildungen lehren zu wenig über die Klimakrise, das Artensterben oder
28 soziale Ungleichheit. Wir fordern mehr Bildung für nachhaltige Entwicklung an
29 staatlichen Bildungseinrichtungen! Wir möchten, dass mehr „Systemwissen zum
30 besseren Verständnis komplexer soziotechnischer Systeme, mit denen alle
31 relevanten Wenden zu tun haben“, gelehrt wird und zudem mehr Lehre für
32 „Zielwissen, d.h. dem Wissen über wünschenswerte und mögliche Zukünfte“[\[1\]](#)
33 erfolgt. Für beides wünschen wir uns eine größere Methodenvielfalt jenseits des
34 Frontalunterrichts. Wir fordern ebenso eine Stärkung außerschulischer und
35 außeruniversitärer Bildung.

36 **Einbindung zivilgesellschaftlicher** 37 **Organisationen und Interessensvertretungen**

38 Damit Wissenschaft, Forschung und Bildung nachhaltig transformiert
39 (gesellschaftsfähig) werden, bedarf es der konsequenten Einbeziehung
40 zivilgesellschaftlicher Akteur*innen.

41 Wir fordern mehr Forschungsgelder für Projekte, welche sich neuerer und
42 explorativer Methoden bedienen, wie Citizen Science und Reallabore.

43 Wir fordern die verstärkte Einbindung von gemeinwohlorientierten Vereinen, wie
44 es bei der Verkehrs- oder Kohlekommission der Fall war. Ebenso fordern wir, dass
45 junge Menschen als Expert*innen für die vom Klimawandel am stärksten betroffene
46 Generation in relevanten Gremien mit Entscheidungskraft gleichwertig beteiligt
47 werden.

48 Wir bestärken den BUND in seinem Engagement für eine echte Forschungswende. Wir
49 fordern eine Weiterentwicklung der verbandsinternen Gremien wie des
50 Wissenschaftlichen Beirats und der Wissenschaftskommission.

51 **Links/Quellen:**

52 [\[1\]](#)Schneidewind, U., 2018. *Die Große Transformation: Eine Einführung in die*
53 *Kunst gesellschaftlichen Wandels*. S. Fischer Verlag.

Antrag

an die Bundesjugendversammlung der BUNDjugend 2019

Initiator*innen: Bundesjugendversammlung 2019 (beschlossen am: 25.05.2019)

Titel: **Positionierung: Nachhaltige Wissenschaft, Bildung und Forschung für Alle und mit Allen**

Antragstext

1 Wissenschaft und Forschung prägen unser Denken und Handeln. Insbesondere in
2 Anbetracht der großen globalen Herausforderungen braucht es wissenschaftliche
3 Forschung, die problemorientiert mit allen betroffenen gesellschaftlichen
4 Gruppen Lösungen sucht. Die Weitergabe bestehenden und neuen Wissens muss
5 nachhaltiger gestaltet werden, sodass wirklich alle davon profitieren,
6 unabhängig ihres Alters, ihres Einkommens, ihres Zugangs zum Bildungssystem und
7 ihres akademischen Vorwissens.

8 Als BUNDjugend sprechen wir uns somit aus für eine:

9 **Forschung und Entwicklung für und mit der** 10 **Gesellschaft**

11 Die Welt steht vor großen Herausforderungen. Die dringend notwendigen großen
12 Wenden, wie z. B. die Verkehrswende, die Energiewende oder die Ernährungswende,
13 verlaufen schleppend und setzen vor allem auf technische Lösungen statt auf
14 gesellschaftliche Veränderung.

15 Wir fordern eine transdisziplinäre Problemanalyse der globalen
16 Herausforderungen, an der sämtliche Fachbereiche aus Natur-, Sozial- und
17 Geisteswissenschaften mitarbeiten, um ein möglichst vollständiges Bild des
18 Systems zu erhalten. Wir fordern ebenso eine Visionsentwicklung aller
19 Fachgebiete mit allen Gruppen der Gesellschaft, um zielsicher mit den globalen

20 Herausforderungen umzugehen. Welche Visionen sind realisierbar? Was braucht es
21 dafür an institutionellen Änderungen? Um diese Fragen zu beantworten, erwarten
22 wir eine grundlegende Reflexion über bestehende Normen und Wertvorstellungen
23 innerhalb der Wissenschaft.
24 Wir fordern mehr Forschungsgelder für Projekte, welche sich neuerer und
25 explorativer Methoden bedienen, wie Citizen Science und Reallabore [2]. Uns ist
26 möglichst verständliche Sprache in der Kommunikation wichtig.

27 **Bildung für nachhaltige Entwicklung an allen** 28 **Einrichtungen**

29 Die meisten formellen Bildungseinrichtungen (wie Schule, Hochschule, und
30 Berufsschule sowie berufliche Weiterbildungen) lehren zu wenig über die
31 Klimakrise, das Artensterben oder soziale Ungleichheit. Wir fordern mehr Bildung
32 für nachhaltige Entwicklung an allen Bildungseinrichtungen! Bildung soll den
33 Fokus legen auf komplexe Systemzusammenhänge, die ausschlaggebend sind für alle
34 relevanten Wenden. Dazu gehört auch der Blick in eine wünschenswerte Zukunft.
35 Für beides wünschen wir uns eine größere Methodenvielfalt jenseits des
36 Frontalunterrichts. Wir fordern ebenso eine Stärkung der nachhaltigen Bildung im
37 außerschulischer und außeruniversitärer Bildung. Bestehendes Wissen soll
38 kostengünstig beziehungsweise frei zur Verfügung gestellt werden.

39 **Einbindung zivilgesellschaftlicher** 40 **Organisationen und Interessensvertretungen**

41 Wissenschaft, Forschung und Bildung sollen nachhaltig transformiert werden. Sie
42 sollen einer breiten Gesellschaft zugänglich sein und ihr dienen. Dazu bedarf es
43 der konsequenten Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen.

44 Wir fordern die verstärkte Einbindung von gemeinwohlorientierten Vereinen bei
45 politischen Entscheidungen. Ebenso fordern wir, dass junge Menschen als
46 Expert*innen für die vom Klimawandel am stärksten betroffene Generation in
47 relevanten Gremien mit Entscheidungskraft gleichwertig beteiligt werden.

48 Wir bestärken den BUND in seinem Engagement für eine Forschungswende. Wir
49 fordern eine Weiterentwicklung der verbandsinternen Gremien wie des
50 Wissenschaftlichen Beirats und der Wissenschaftskommission.

51 **Links/Quellen:**

52 [\[1\]](#)Schneidewind, U., 2018. *Die Große Transformation: Eine Einführung in die*
53 *Kunst gesellschaftlichen Wandels*. S. Fischer Verlag.
54 [2] Ergänzende Erläuterungen von Reallabor und Citizen Science.

Antrag

an die Bundesjugendversammlung der BUNDjugend 2019

Initiator*innen: Bundesjugendrat (beschlossen am: 30.04.2019)

Titel: Digitalisierung - sozialverträglich und ökologisch

Antragstext

1 Wir, die BUNDjugend, wollen in einer Zukunft leben, in der die Menschheit und
2 der Planet Erde eine Zukunft haben, die durch Digitalisierung solidarischer,
3 umweltfreundlicher und menschlicher wird. Wir wollen Digitalisierung so nutzen,
4 dass sie ein gutes Leben für alle ermöglicht! [1]
5 Deshalb fordern wir:

6 **1. Digitalisierung nachhaltig gestalten!**

7 **Digitale Suffizienz als Leitbild nachhaltiger** 8 **Digitalisierung**

9 Wir fordern alle Akteur*innen der Digitalisierung auf, digitale Suffizienz als
10 Leitbild zu verstehen und als Maßstab bei allen Entscheidungen anzulegen.
11 Digitalisierung soll dieser Leitidee folgend nachhaltiges Wirtschaften sowie
12 suffiziente Produktions- und Lebensweisen fördern und ermöglichen. Das Konzept
13 umfasst dabei sowohl Techniksuffizienz, als auch Daten- und Nutzungssuffizienz.
14 Die Infrastrukturen, Geräte und Anwendungen der digitalen Entwicklung sollen so
15 weit wie möglich ressourcenarm gestaltet sein. Darüber hinaus soll
16 Digitalisierung zu einer allgemeinen Reduzierung des Energie- und
17 Ressourcenverbrauchs in diversen gesellschaftlichen Bereichen beitragen sowie
18 das Nutzer*innenverhalten im Sinne der Nachhaltigkeit positiv beeinflussen.

19 **Wirtschaftliche Verantwortung im digitalen Sektor**

20 Wir fordern alle Unternehmen im digitalen Sektor auf, sozial, gerecht und fair
21 mit ihren Mitarbeitenden umzugehen. Umweltfolgeschäden müssen von den
22 Unternehmen getragen werden, die diese verursachen. Dafür braucht es
23 entsprechende verbindliche Gesetze und Regeln.
24 Für eine gute Zukunft ist es notwendig, dass jedes Produkt so designet wird,
25 dass nach dem Prinzip Cradle-to-Cradle Stoffkreisläufe vollständig geschlossen
26 werden. [2] Politiker*innen aller Parteien und Länder sind aufgerufen, diese
27 Prinzipien mit politischen Entscheidungen zu untermauern. Durch effektive
28 Bußgelder bei Nichteinhaltung gesetzlicher Produktstandards sollen
29 Förderprogramme für sozial-ökologische Projekte finanziert werden.

30 **Ein Recht auf einfache Reparatur und Nachrüstung** 31 **vorhandener** 32 **Geräte**

33 Die BUNDjugend fordert, profitgetriebene Ressourcenverschwendung zu unterbinden.
34 Politiker*innen aller Parteien und Länder müssen sich auf Gesetze einigen, die
35 es Menschen ermöglichen, ihre eigenen Geräte zu reparieren oder von
36 Unternehmen
37 ihrer Wahl reparieren zu lassen. Diese Gesetze müssen den Verkauf von Geräten
38 mit geplanter Obsoleszenz verbieten und im Rahmen des Möglichen unter Strafe
39 stellen. [3] Wir fordern herstellende Unternehmen auf, möglichst einheitliche
40 Technologiestandards zu schaffen und Baupläne möglichst offen zu legen, um
41 Reparaturen zu ermöglichen und zu vereinfachen.
42 Zudem erwerben Nutzer*innen häufig neue Geräte, um an technischen Neuerungen
43 teilhaben zu können. Dies sollte nicht zur Notwendigkeit werden. Wir fordern
44 herstellende Unternehmen stattdessen auf, ihre Produkte so zu entwickeln, dass
45 möglichst viele Einzelbauteile individuell austauschbar gemacht werden
46 (Bausteinprinzip). Dies erleichtert nicht nur die Reparatur, sondern ermöglicht
47 auch die Nachrüstung alter Geräte, wenn neue Bedarfe entstehen. Dafür müssen
48 technische Schnittstellen vereinheitlicht werden.

49 **Mindestens aktualisierbar bis:**

50 Wir fordern die Politiker*innen aller Länder und Parteien auf, gesetzlich
51 festzuschreiben, dass Unternehmen, die elektronische Geräte herstellen,
52 verpflichtet sind, ein Mindesthaltbarkeitsdatum anzugeben. Dieses gibt an, wie
53 lange es Garantie für die Funktionsfähigkeit der Hardware gibt und wie lange
54 das
55 Gerät durch Funktions- und Sicherheitsupdates versorgt wird. Es soll zudem
56 sichergestellt werden, dass nach dem Ablauf dieses Mindesthaltbarkeitsdatums
57 für
58 Softwareupdates der Quelltext offengelegt wird, sodass die Open-Source-Community
59 diese weiterentwickeln und so Geräte länger nutzbar machen kann. Das
60 Aufspielen
61 neuer Software muss durch handelsübliche Schnittstellen möglich und
62 ausführlich
63 dokumentiert sein. [4]
64 Solange die Politik jedoch untätig bleibt, sind die Unternehmen gefragt. Wir
65 fordern alle Unternehmen zur Selbstverpflichtung auf, gemeinsam ein

66 einheitliches Label für Geräte einzuführen, das es Kund*innen einfach macht,
67 zu
68 erkennen, ob ein Gerät auf Open Soft- und/oder Hardware basiert und ob der
69 Hersteller aktiv (z. B. durch die Bezahlung von Entwickler*innen) die
70 langfristige Versorgung mit (Sicherheits-)Updates begünstigt.

71 **2. Die Macht von IT-Unternehmen eindämmen!**

72 **Öffentliches Geld, Öffentliches Gut**

73 Die BUNDjugend fordert alle Parteien, Regierungen, Hochschulen und
74 Forschungsinstitute dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass öffentliche
75 Ausschreibungen für Digitalgüter (Software, elektronische Geräte, Daten und
76 Datenbanken/-modelle) und deren Entwicklung oder Erzeugung als Ergebnis
77 ausschließlich Open-Source-Software, Open Hardware und Open Data
78 beinhalten[10].
79 Die BUNDjugend-Delegiertenversammlung (BJV) hat bereits 2018 die bevorzugte
80 Nutzung und Erstellung freier Software beschlossen [5]. Wir möchten den BUND
81 und
82 andere Organisationen ermutigen, diesem Beispiel zu folgen und ebenfalls eine
83 bevorzugte Nutzung freier Software zu beschließen.

84 **Internet-Infrastruktur in öffentliche Hand**

85 Wir fordern Politiker*innen aller Parteien auf, auf Folgendes hinzuwirken: Die
86 Internet-Infrastruktur gehört in öffentliche Hand und muss demokratisch
87 reguliert und gestaltet werden. Beispielsweise muss die deutsche Netzwerk-
88 Infrastruktur von einer öffentlichen, nicht gewinnorientierten Behörde
89 betrieben
90 werden. Diese Behörde sollte zunächst den Breitbandausbau im ländlichen Raum
91 durch Glasfaser angehen und dann Schritt für Schritt eine konkurrenzfähige
92 deutsche Internetinfrastruktur unter demokratischer Kontrolle schaffen. Die
93 Finanzierung soll auch durch Vertrieb der Nutzungsmöglichkeit zu gleichen
94 Konditionen an alle Internetdienstanbieter möglich sein. Eine Privatisierung
95 darf nicht stattfinden!
96 Der Staat sollte zudem Alternativen zu den Plattform- und
97 Dienstleistungsangeboten der großen Datenriesen unterstützen und nicht-
98 kommerzielle Dienste gezielt fördern. Regulierung von großen kommerziellen
99 Plattformen könnte beispielsweise über demokratische Kontrollinstanzen
100 stattfinden.

101 **Die Zukunft surft mit Glasfaser**

102 Die BUNDjugend fordert von der Politik, Anreize für eine flächendeckende
103 Glasfaseranbindung mindestens bis ans Gebäude, idealerweise sogar bis in die
104 Wohnung, zu setzen. Insbesondere Stadtwerke sollten hier im Fokus von
105 Förderungen stehen, an Stelle von privaten Konzernen. Investieren Firmen in den
106 Bau eines Glasfasernetzes, so sollten andere Akteure, die das Mitverlegungsrecht

107 nutzen, einen entsprechenden Teil der Kosten für den Bau tragen. Fehlanreize,
108 die den Überbau bestehender Glasfaserleitungen ermöglichen, müssen beseitigt
109 werden. [6]

110 **Kein Mehrkonsum durch Manipulation im Netz!**

111 Die Erfassung und Auswertung von persönlichen Daten für Werbezwecke,
112 beispielsweise bei Suchmaschinen und sozialen Netzwerken, sollte langfristig
113 politisch verhindert werden. Politiker*innen aller Parteien und Länder stehen
114 in
115 der Verantwortung, Gesetze dafür zu erlassen, dass nutzer*innenverfolgende
116 Werbung sowie die Nutzung privater Daten ohne das explizite Einverständnis von
117 Betroffenen verboten werden.
118 Wir fordern alle Unternehmen dazu auf, sich bewusst für Datensparsamkeit zu
119 entscheiden und sich an den Prinzipien der europäischen Datenschutz-
120 Grundverordnung auszurichten. So soll die Verstärkung von übermäßigem Konsum
121 durch Erstellung und Verwendung von Persönlichkeitsprofilen in der
122 Werbeindustrie eingedämmt werden.

123 **3. Starker Datenschutz und mehr** 124 **Datensouveränität!**

125 **Überwachung abschaffen, Demokratie und Menschenrechte durch** 126 **Datenschutz wahren**

127 Die BUNDjugend fordert den effektiven Schutz unserer Privatsphäre. Die
128 Bundesregierung muss dazu unverzüglich die in der Praxis bereits wirkungslose
129 Vorratsdatenspeicherung abschaffen. [7] Dies soll auch in Zukunft dafür sorgen,
130 dass politische Repression in Deutschland der Vergangenheit angehört. Zudem
131 widersprechen wir der geforderten Abschaffung effektiver
132 Anonymisierungsmaßnahmen im Internet. [8] Es darf Journalist*innen,
133 Aktivist*innen und Whistleblower*innen nicht noch schwerer gemacht werden, da
134 öffentlich aufzuklären, wo Politik und Wirtschaft Gesetze übertreten,
135 Umweltkatastrophen verursachen oder Menschenrechte verletzen.

136 **Für ein offenes Internet und freie Meinungsäußerung**

137 Die BUNDjugend ist der Überzeugung, dass es für jede Problemstellung, die die
138 Digitalisierung mit sich bringt, bessere Lösungen gibt, als die
139 Meinungsfreiheit
140 einzuschränken und damit staatlicher oder wirtschaftlicher Unterdrückung Tür
141 und
142 Tür zu öffnen. Zensur stellt immer nur eine Symptombekämpfung der Probleme
143 dar –
144 deshalb sind Einschnitte in unsere Grundrechte dafür nicht hinnehmbar. Wir
145 bekennen uns zum Geiste des Grundgesetzes, in dem es klar und deutlich heißt:
146 "Eine Zensur findet nicht statt."

147 **Bildung für digitale Mündigkeit**

148 Wir fordern Bildungsinstitutionen wie auch die Kultusministerien auf,
149 Digitalkompetenz zu schaffen, die ihres Namens würdig ist. Es ist notwendig,
150 dass jedem Menschen ein grundlegendes Verständnis vermittelt wird, wie Basis-
151 Technologien, d. h. Computer oder das Internet, funktionieren. Darauf aufbauend
152 muss der größte Teil der Digitalkompetenz gesellschaftlicher Natur sein. Ein
153 Verständnis für Privatsphäre, Demokratie und Datenschutz und die
154 gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung müssen genauso Bestandteil
155 der Digitalkompetenz sein wie der Erwerb von Medienkompetenz und der Fähigkeit,
156 Fakten von Fälschungen durch Recherche und wissenschaftliche Methodik zu
157 unterscheiden.
158 Digitalkompetenz muss ab dem Beginn der Bildungslaufbahn junger Menschen Teil
159 des Unterrichts sein. Niemandem dürfen diese Fähigkeiten verwehrt werden.

160 **4. Gesellschaftliche Umbrüche sozial gerecht** 161 **gestalten!**

162 **Künstliche Intelligenz – natürlich nur mit Verantwortung**

163 Die BUNDjugend will, dass künstliche Intelligenz in Zukunft mit Verantwortung
164 verwendet und erforscht wird. Künstliche Intelligenz muss vollständig
165 transparent sein. Wir fordern die Politik dazu auf, durch wirksame Gesetzgebung
166 sicherzustellen, dass künstliche Intelligenzen und maschinelles Lernen nur
167 unter
168 der Voraussetzung entwickelt und eingesetzt werden, dass Datenmodell und
169 Quelltext vollständig und ohne Einschränkungen allen zur Verfügung gestellt
170 werden. Das Gleiche muss für sämtliche Trainings- und Testdaten gelten,
171 allerdings unter Berücksichtigung des Datenschutzes, also wirksam anonymisiert.
172 Aufgrund der enormen Risiken ist das Geschäftsgeheimnis keine Begründung, ein
173 solches Gesetz einzuschränken.
174 Die BUNDjugend schließt sich der internationalen Forderung nach der Ächtung
175 und
176 dem Verbot von Entwicklung, Herstellung, Handel und der Verwendung autonomer
177 Waffensysteme an. [9]

178 **Digitalisierung muss allen zugutekommen**

179 Um die gezielte Förderung nachhaltiger Digitalisierung zu ermöglichen,
180 Ausgleichsmaßnahmen für den Verlust von Arbeitsplätzen zu schaffen und den
181 damit
182 verbundenen gesellschaftlichen Wandel positiv zu gestalten, fordert die
183 BUNDjugend Politiker*innen aller Parteien dazu auf, eine digital-ökologische
184 Steuerreform auf den Weg zu bringen. Sinnvoll wäre dabei eine schrittweise
185 Erhöhung der Besteuerung von Ressourcen- und Energieverbrauch, um gezielte
186 Anreize für Unternehmen zu schaffen, diesen so weit wie möglich zu verringern.
187 Außerdem sollte die Wertschöpfung von Unternehmen durch digitale
188 Automatisierung

189 miteinbezogen werden. Die so gewonnenen Steuereinnahmen müssen dann
190 gemeinwohlorientiert verwendet werden, um die Digitalisierung im Sinne einer
191 sozial-ökologischen Transformation zu gestalten.

192 **Arbeit neu denken**

193 Die Automatisierung wird umfassende gesellschaftliche Veränderungen
194 hervorrufen.
195 Ein besonderes Verantwortungsbewusstsein bei ihrem Einsatz ist daher geboten, um
196 die entstehenden Vorteile gerecht zu verteilen. Verbesserungen der
197 Lebensqualität müssen auch und insbesondere für diejenigen Menschen spürbar
198 sein, deren Arbeitsplätze von Automatisierung besonders betroffen sind.
199 Angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche, die die Digitalisierung auch für
200 den
201 Arbeitsmarkt bringt, fordert die BUNDjugend, die gesellschaftliche Norm
202 aufzubrechen, dass nur Lohnarbeit als gesellschaftliche Leistung wertgeschätzt
203 wird, und eine gesellschaftliche Debatte dazu zu befördern, wie dafür Sozial-
204 und Arbeitspolitik anders gestaltet werden müssten.
205
206 Die BJV beauftragt den BUNDjugend-Bundesvorstand, die vorliegende Positionierung
207 an die thematische Arbeitsgruppe Digitalisierung des BUND weiterzuleiten, damit
208 die Forderungen in die Debatten des BUND Eingang finden. Außerdem setzt sich
209 dieser dafür ein, dass das Thema Digitalisierung als kontinuierliches
210 Fortschrittsthema begriffen wird indem er die Anstrengungen von
211 interessierten BUNDjugendlichen zusammenführt und diese untereinander vernetzt.

212 **Quellen/Links:**

- 213 [1] BUNDjugend (2018): #vollvernetzt. Mit digitaler Suffizienz zum guten Leben
214 für alle.
215 [2] auf Deutsch sinngemäß „vom Ursprung zum Ursprung“, Cradle to Cradle
216 ist ein
217 Ansatz für eine durchgängige und konsequente Kreislaufwirtschaft, vgl.
218 Braungart, Michael und McDonough, William: Cradle to cradle : einfach
219 intelligent produzieren. Piper Taschenbuch, 2014.
220 [3] In Frankreich gibt es bereits ein solches Verbot: [https://www.n-
221 tv.de/wirtschaft/Frankreich-verbietet-geplante-Obsoleszenz-article15746266.html](https://www.n-tv.de/wirtschaft/Frankreich-verbietet-geplante-Obsoleszenz-article15746266.html)
222 [4] Rahmenbedingungen der General Public License in Version 3:
223 <https://www.gnu.de/documents/gpl-3.0.de.html>
224 [5] BJV-Beschluss von 2018: Bevorzugte Nutzung und Erstellung Freier Software:
225 [https://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/A2-Bevorzugte-Nutzung-und-
226 Erstellung-freier-Software.pdf](https://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/A2-Bevorzugte-Nutzung-und-Erstellung-freier-Software.pdf)
227 [6] Zu Diskussionen und einer möglichen Gesetzesänderung bezüglich des
228 Mitverlegungsrechts: [https://netzpolitik.org/2018/gesetzentwurf-
229 verkehrsministerium-will-telekom-schmutzige-tricks-bei-glasfaserausbau-
230 verbieten/](https://netzpolitik.org/2018/gesetzentwurf-verkehrsministerium-will-telekom-schmutzige-tricks-bei-glasfaserausbau-verbieten/)
231 [7] Unternehmen setzen Vorratsdatenspeicherung nicht um:
232 [https://netzpolitik.org/2017/vorratsdatenspeicherung-grosse-provider-speichern-
233 erstmal-nicht/](https://netzpolitik.org/2017/vorratsdatenspeicherung-grosse-provider-speichern-erstmal-nicht/)
234 [8] Polizeikongress: Verbot aller Darknets gefordert:

235 <https://tarnkappe.info/polizeikongress-verbot-aller-darknets-gefordert/>
236 [9] Lethal Autonomous Weapons Pledge: <https://futureoflife.org/lethal->
237 [autonomous-weapons-pledge/](https://futureoflife.org/lethal-)
238 [10] Offener Brief der Free Software Foundation Eurpope e.V. "Public Money,
239 Public Code"<https://publiccode.eu/de/openletter/>

Begründung

Die Digitalisierung ist in aller Munde. Von Smart City, Cyber Security und dem Internet of Things bis zur Industrie 4.0 werden Schlagworte in Talkshows ausgetauscht oder auf Werbebannern eingeblendet. Wenn Politik und Wirtschaft von Fortschritt reden, wird dabei oft vergessen, welcher Fortschritt eigentlich gemeint ist. Denn Digitalisierung findet ja nicht im luftleeren Raum statt, sondern ist auf eine ressourcen- und energieintensive Infrastruktur angewiesen. Wäre das Internet ein Land, hätte es weltweit den drittgrößten Stromverbrauch – direkt nach den USA und China! Die Anzahl der digitalen Geräte wächst enorm und mit ihr der Ressourcenverbrauch für ihre Herstellung. Für unsere digitalen Errungenschaften arbeiten Menschen, vor allem im Globalen Süden, unter widrigsten Bedingungen in Bergbau und Produktionsstätten.

Durch die Digitalisierung schnellen die Profite einiger weniger Riesenkonzerne in die Höhe. Konzerne wie Google, Facebook und Amazon schaffen mit ihren Angeboten Monopole und können nahezu ungehindert auf unsere Daten zugreifen. Die intransparente Nutzung dieser Daten führt dann beispielsweise dazu, dass wir immer öfter mit immer perfekter auf uns abgestimmten Kaufanreizen konfrontiert sind.

Nicht nur Unternehmen sammeln fleißig unsere Daten, auch für Regierungen werden wir als digitale Bürger*innen ständig transparenter. Überwachungsgesetze, Spionagesoftware oder Vorratsdatenspeicherung, die vermeintlich im Sinne der öffentlichen Sicherheit eingeführt werden, erhöhen gleichzeitig den Druck auf zivilgesellschaftliche Akteure.

Diese Ausführungen machen deutlich, dass die Digitalisierung aktuell eher dazu beiträgt, dass ein ressourcenschwerer und global ungleicher Status quo gefestigt wird. Richtig umgesetzt hätte die Digitalisierung unseres Erachtens jedoch großes Potenzial, um Ressourcen zu schonen, Partizipation zu ermöglichen, die Vernetzung der Zivilgesellschaft zu vereinfachen und umweltfreundliche Lebensweisen zu verbreiten. Damit die Digitalisierung die sozial-ökologische Transformation gut unterstützen kann, sind regulatorische Maßnahmen notwendig, die die Digitalisierung anhand sozial-ökologischer Maßstäbe lenken und bewerten.

Antrag

an die Bundesjugendversammlung der BUNDjugend 2019

Initiator*innen: Bundesjugendversammlung 2019 (beschlossen am: 25.05.2019)

Titel: **Digitalisierung - sozialverträglich und ökologisch**

Antragstext

1 Wir, die BUNDjugend, wollen, dass die Menschheit und der Planet Erde eine
2 Zukunft haben, die durch Digitalisierung solidarischer, umweltfreundlicher und
3 menschlicher wird. Wir wollen Digitalisierung so nutzen, dass sie ein gutes
4 Leben für alle ermöglicht! [1]
5 Deshalb fordern wir:

6 **1. Digitalisierung nachhaltig gestalten!**

7 **Digitale Suffizienz als Leitbild nachhaltiger** 8 **Digitalisierung**

9 Wir fordern alle Akteur*innen der Digitalisierung auf, digitale Suffizienz als
10 Leitbild zu verstehen und als Maßstab bei allen Entscheidungen anzulegen.
11 Digitalisierung soll dieser Leitidee folgend nachhaltiges Wirtschaften sowie
12 suffiziente Produktions- und Lebensweisen fördern und ermöglichen. Das Konzept
13 umfasst dabei sowohl Techniksuffizienz, als auch Daten- und Nutzungssuffizienz.
14 Die Infrastrukturen, Geräte und Anwendungen der digitalen Entwicklung sollen so
15 weit wie möglich ressourcenarm gestaltet sein. Darüber hinaus soll
16 Digitalisierung zu einer allgemeinen Reduzierung des Energie- und
17 Ressourcenverbrauchs in diversen gesellschaftlichen Bereichen beitragen sowie
18 das Nutzer*innenverhalten im Sinne der Nachhaltigkeit positiv beeinflussen.

19 **Wirtschaftliche Verantwortung im digitalen Sektor**

20 Wir fordern alle Unternehmen im digitalen Sektor auf, sozial, gerecht und fair
21 mit ihren Mitarbeitenden umzugehen sowie für die Einhaltung der Menschenrechte
22 einzutreten. Umweltfolgeschäden müssen von den
23 Unternehmen getragen werden, die diese verursachen. Dafür braucht es
24 entsprechende verbindliche Gesetze und Regeln.
25 Für eine gute Zukunft ist es notwendig, dass jedes Produkt so designt wird,
26 dass nach dem Prinzip Cradle-to-Cradle Stoffkreisläufe vollständig geschlossen
27 werden. [2] Politiker*innen aller Parteien und Länder sind aufgerufen, diese
28 Prinzipien mit politischen Entscheidungen zu untermauern. Durch effektive
29 Bußgelder bei Nichteinhaltung gesetzlicher Produktstandards sollen
30 Förderprogramme für sozial-ökologische Projekte finanziert werden.

31 **Ein Recht auf einfache Reparatur und Nachrüstung** 32 **vorhandener** 33 **Geräte**

34 Die BUNDjugend fordert, profitgetriebene Ressourcenverschwendung zu unterbinden.
35 Politiker*innen aller Parteien und Länder müssen sich auf Gesetze einigen, die
36 es Menschen ermöglichen, ihre eigenen Geräte zu reparieren oder von
37 Unternehmen
38 ihrer Wahl reparieren zu lassen. Diese Gesetze müssen den Verkauf von Geräten
39 mit geplanter Obsoleszenz verbieten und im Rahmen des Möglichen unter Strafe
40 stellen. [3] Wir fordern herstellende Unternehmen auf, möglichst einheitliche
41 Technologiestandards zu schaffen und Baupläne möglichst offen zu legen, um
42 Reparaturen zu ermöglichen und zu vereinfachen.
43 Zudem erwerben Nutzer*innen häufig neue Geräte, um an technischen Neuerungen
44 teilhaben zu können. Dies sollte nicht zur Notwendigkeit werden. Wir fordern
45 herstellende Unternehmen stattdessen auf, ihre Produkte so zu entwickeln, dass
46 möglichst viele Einzelbauteile individuell austauschbar gemacht werden
47 (Bausteinprinzip). Dies erleichtert nicht nur die Reparatur, sondern ermöglicht
48 auch die Nachrüstung alter Geräte, wenn neue Bedarfe entstehen. Dafür müssen
49 technische Schnittstellen vereinheitlicht werden.

50 **Mindestens aktualisierbar bis:**

51 Wir fordern die Politiker*innen aller Länder und Parteien auf, gesetzlich
52 festzuschreiben, dass Unternehmen, die elektronische Geräte herstellen,
53 verpflichtet sind, ein Mindesthaltbarkeitsdatum anzugeben. Dieses gibt an, wie
54 lange es Garantie für die Funktionsfähigkeit der Hardware gibt und wie lange das
55 Gerät durch Funktions- und Sicherheitsupdates versorgt wird. Es soll zudem
56 sichergestellt werden, dass nach dem Ablauf dieses Mindesthaltbarkeitsdatums für
57 Softwareupdates der Quelltext offengelegt wird, sodass die Open-Source-Community
58 diese weiterentwickeln und so Geräte länger nutzbar machen kann. Das Aufspielen
59 neuer Software muss durch handelsübliche Schnittstellen möglich und ausführlich
60 dokumentiert sein. [4] Solange die Politik jedoch untätig bleibt, sind die
61 Unternehmen gefragt. Wir fordern alle Unternehmen zur Selbstverpflichtung auf,
62 gemeinsam ein einheitliches Label für Geräte einzuführen, das es Kund*innen
63 einfach macht, zu erkennen, ob ein Gerät auf Open Soft- und/oder Hardware
64 basiert und ob der
65 Hersteller aktiv (z. B. durch die Bezahlung von Entwickler*innen) die

66 langfristige Versorgung mit (Sicherheits-)Updates begünstigt.

67 **2. Die Macht von IT-Unternehmen eindämmen!**

68 **Öffentliches Geld, Öffentliches Gut**

69 Die BUNDjugend fordert alle Parteien, Regierungen, Hochschulen und
70 Forschungsinstitute dazu auf, dafür Sorge zu tragen, dass öffentliche
71 Ausschreibungen für Digitalgüter (Software, elektronische Geräte, Daten und
72 Datenbanken/-modelle) und deren Entwicklung oder Erzeugung als Ergebnis
73 ausschließlich Open-Source-Software, Open Hardware und Open Data
74 beinhalten[10].

75 Die BUNDjugend-Delegiertenversammlung (BJV) hat bereits 2018 die bevorzugte
76 Nutzung und Erstellung freier Software beschlossen [5]. Wir möchten den BUND
77 und
78 andere Organisationen ermutigen, diesem Beispiel zu folgen und ebenfalls eine
79 bevorzugte Nutzung freier Software zu beschließen.

80 **Internet-Infrastruktur in öffentliche Hand**

81 Wir fordern Politiker*innen aller Parteien auf, auf Folgendes hinzuwirken: Die
82 Internet-Infrastruktur gehört in öffentliche Hand und muss demokratisch
83 reguliert und gestaltet werden. Beispielsweise muss die deutsche Netzwerk-
84 Infrastruktur von einer öffentlichen, nicht gewinnorientierten Behörde betrieben
85 werden. Diese Behörde sollte zunächst den Breitbandausbau im ländlichen Raum
86 durch Glasfaser angehen und dann Schritt für Schritt eine nachhaltig
87 funktionelle
88 deutsche Internetinfrastruktur unter demokratischer Kontrolle schaffen. Die
89 Finanzierung soll auch durch Vertrieb der Nutzungsmöglichkeit zu gleichen
90 Konditionen an alle Internetdienstanbieter möglich sein. Eine Privatisierung
91 darf nicht stattfinden! Der Staat sollte zudem Alternativen zu den Plattform-
92 und
93 Dienstleistungsangeboten der großen Datenriesen unterstützen und nicht-
94 kommerzielle Dienste gezielt fördern. Regulierung von großen kommerziellen
95 Plattformen könnte beispielsweise über demokratische Kontrollinstanzen
96 stattfinden.

97 **Die Zukunft surft mit Glasfaser**

98 Die BUNDjugend fordert von der Politik, Anreize für eine flächendeckende
99 Glasfaseranbindung mindestens bis ans Gebäude, idealerweise sogar bis in die
100 Wohnung, zu setzen. Insbesondere Einrichtungen in öffentlicher Hand sollen
101 anstelle von Konzernen hier im Fokus von Förderungen stehen. Investieren Firmen
102 in den
103 Bau eines Glasfasernetzes, so sollten andere Akteure, die das Mitverlegungsrecht
104 nutzen, einen entsprechenden Teil der Kosten für den Bau tragen. Fehlanreize,
105 die den Überbau bestehender Glasfaserleitungen ermöglichen, müssen beseitigt
106 werden. [6]

107 **Kein Mehrkonsum durch Manipulation im Netz!**

108 Die Erfassung und Auswertung von persönlichen Daten für Werbezwecke,
109 beispielsweise bei Suchmaschinen und sozialen Netzwerken, sollte langfristig
110 politisch verhindert werden. Politiker*innen aller Parteien und Länder stehen
111 in
112 der Verantwortung, Gesetze dafür zu erlassen, dass nutzer*innenverfolgende
113 Werbung sowie die Nutzung privater Daten ohne das explizite Einverständnis von
114 Betroffenen verboten werden.
115 Wir fordern alle Unternehmen dazu auf, sich bewusst für Datensparsamkeit zu
116 entscheiden und sich an den Prinzipien der europäischen Datenschutz-
117 Grundverordnung auszurichten. So soll die Verstärkung von übermäßigem Konsum
118 durch Erstellung und Verwendung von Persönlichkeitsprofilen in der
119 Werbeindustrie eingedämmt werden.

120 **3. Starker Datenschutz und mehr** 121 **Datensouveränität!**

122 **Überwachung abschaffen, Demokratie und Menschenrechte durch** 123 **Datenschutz wahren**

124 Die BUNDjugend fordert den effektiven Schutz unserer Privatsphäre. Die
125 Bundesregierung muss dazu unverzüglich die in der Praxis bereits wirkungslose
126 Vorratsdatenspeicherung abschaffen. [7] Dies soll auch in Zukunft dafür sorgen,
127 dass politische Repression in Deutschland der Vergangenheit angehört. Zudem
128 widersprechen wir der geforderten Abschaffung effektiver
129 Anonymisierungsmaßnahmen im Internet. [8] Es darf Journalist*innen,
130 Aktivist*innen und Whistleblower*innen nicht noch schwerer gemacht werden, da
131 öffentlich aufzuklären, wo Politik und Wirtschaft Gesetze übertreten,
132 Umweltkatastrophen verursachen oder Menschenrechte verletzen.

133 **Für ein offenes Internet und freie Meinungsäußerung**

134 Die BUNDjugend ist der Überzeugung, dass es für jede Problemstellung, die die
135 Digitalisierung mit sich bringt, bessere Lösungen gibt, als die
136 Meinungsfreiheit
137 einzuschränken und damit staatlicher oder wirtschaftlicher Unterdrückung Tür
138 und
139 Tür zu öffnen. Zensur stellt immer nur eine Symptombekämpfung der Probleme
140 dar –
141 deshalb sind Einschnitte in unsere Grundrechte dafür nicht hinnehmbar. Wir
142 bekennen uns zum Geiste des Grundgesetzes, in dem es klar und deutlich heißt:
143 "Eine Zensur findet nicht statt."

144 **Bildung für digitale Mündigkeit**

145 Wir fordern Bildungsinstitutionen wie auch die Kultusministerien auf,

146 Digitalkompetenz zu schaffen, die ihres Namens würdig ist. Es ist notwendig,
147 dass jedem Menschen ein grundlegendes Verständnis vermittelt wird, wie Basis-
148 Technologien, d. h. Computer oder das Internet, funktionieren. Darauf aufbauend
149 muss der größte Teil der Digitalkompetenz gesellschaftlicher Natur sein. Ein
150 Verständnis für Privatsphäre, Demokratie und Datenschutz und die
151 gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung müssen genauso Bestandteil
152 der Digitalkompetenz sein wie der Erwerb von Medienkompetenz und der Fähigkeit,
153 Fakten von Fälschungen durch Recherche und wissenschaftliche Methodik zu
154 unterscheiden. Digitalkompetenz muss ab dem Beginn der Bildungslaufbahn junger
155 Menschen Teil des Unterrichts sein. Niemandem dürfen diese Fähigkeiten verwehrt
156 werden.

157 **4. Gesellschaftliche Umbrüche sozial gerecht** 158 **gestalten!**

159 **Künstliche Intelligenz – natürlich nur mit Verantwortung**

160 Die BUNDjugend will, dass künstliche Intelligenz in Zukunft mit Verantwortung
161 verwendet und erforscht wird. Künstliche Intelligenz muss vollständig
162 transparent sein. Wir fordern die Politik dazu auf, durch wirksame Gesetzgebung
163 sicherzustellen, dass künstliche Intelligenzen und maschinelles Lernen nur
164 unter
165 der Voraussetzung entwickelt und eingesetzt werden, dass Datenmodell und
166 Quelltext vollständig und ohne Einschränkungen allen zur Verfügung gestellt
167 werden. Das Gleiche muss für sämtliche Trainings- und Testdaten gelten,
168 allerdings unter Berücksichtigung des Datenschutzes, also wirksam anonymisiert.
169 Aufgrund der enormen Risiken ist das Geschäftsgeheimnis keine Begründung, ein
170 solches Gesetz einzuschränken.
171 Die BUNDjugend schließt sich der internationalen Forderung nach der Ächtung
172 und
173 dem Verbot von Entwicklung, Herstellung, Handel und der Verwendung autonomer
174 Waffensysteme an. [9]

175 **Digitalisierung muss allen zugutekommen**

176 Um die gezielte Förderung nachhaltiger Digitalisierung zu ermöglichen,
177 Ausgleichsmaßnahmen für den Verlust von Arbeitsplätzen zu schaffen und den
178 damit
179 verbundenen gesellschaftlichen Wandel positiv zu gestalten, fordert die
180 BUNDjugend Politiker*innen aller Parteien dazu auf, eine digital-ökologische
181 Steuerreform auf den Weg zu bringen. Sinnvoll wäre dabei eine schrittweise
182 Erhöhung der Besteuerung von Ressourcen- und Energieverbrauch, um gezielte
183 Anreize für Unternehmen zu schaffen, diesen so weit wie möglich zu verringern.
184 Außerdem sollte die Wertschöpfung von Unternehmen durch digitale
185 Automatisierung
186 miteinbezogen werden. Die so gewonnenen Steuereinnahmen müssen dann
187 gemeinwohlorientiert verwendet werden, um die Digitalisierung im Sinne einer
188 sozial-ökologischen Transformation zu gestalten.

189 Arbeit neu denken

190 Die Automatisierung wird umfassende gesellschaftliche Veränderungen hervorrufen.
191 Ein besonderes Verantwortungsbewusstsein bei ihrem Einsatz ist daher geboten, um
192 die entstehenden Vorteile gerecht zu verteilen. Verbesserungen der
193 Lebensqualität müssen auch und insbesondere für diejenigen Menschen spürbar
194 sein, deren Arbeitsplätze von Automatisierung besonders betroffen sind.
195 Angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche, die die Digitalisierung auch für den
196 Arbeitsmarkt bringt, fordert die BUNDjugend folgendes: Die allgemeine Norm, nach
197 welcher nur Lohnarbeit als gesellschaftliche Leistung wertgeschätzt wird, soll
198 aufgebrochen werden. Stattdessen soll eine öffentliche Debatte hinsichtlich
199 einer Umgestaltung der Sozial- und Arbeitspolitik gefördert werden.

200
201 Die BJV beauftragt den BUNDjugend-Bundesvorstand, die vorliegende Positionierung
202 an die thematische Arbeitsgruppe Digitalisierung des BUND weiterzuleiten, damit
203 die Forderungen in die Debatten des BUND Eingang finden. Außerdem setzt sich
204 dieser dafür ein, dass das Thema Digitalisierung als kontinuierliches
205 Fortschrittsthema begriffen wird, indem er die Anstrengungen von
206 interessierten BUNDjugendlichen zusammenführt und diese untereinander vernetzt.

207 Quellen/Links:

208 [1] BUNDjugend (2018): #vollvernetzt. Mit digitaler Suffizienz zum guten Leben
209 für alle.

210 [2] auf Deutsch sinngemäß „vom Ursprung zum Ursprung“, Cradle to Cradle
211 ist ein

212 Ansatz für eine durchgängige und konsequente Kreislaufwirtschaft, vgl.
213 Braungart, Michael und McDonough, William: Cradle to cradle : einfach
214 intelligent produzieren. Piper Taschenbuch, 2014.

215 [3] In Frankreich gibt es bereits ein solches Verbot: [https://www.n-
216 tv.de/wirtschaft/Frankreich-verbietet-geplante-Obsoleszenz-article15746266.html](https://www.n-tv.de/wirtschaft/Frankreich-verbietet-geplante-Obsoleszenz-article15746266.html)

217 [4] Rahmenbedingungen der General Public License in Version 3:
218 <https://www.gnu.de/documents/gpl-3.0.de.html>

219 [5] BJV-Beschluss von 2018: Bevorzugte Nutzung und Erstellung Freier Software:
220 [https://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/A2-Bevorzugte-Nutzung-und-
221 Erstellung-freier-Software.pdf](https://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/A2-Bevorzugte-Nutzung-und-Erstellung-freier-Software.pdf)

222 [6] Zu Diskussionen und einer möglichen Gesetzesänderung bezüglich des
223 Mitverlegungsrechts: [https://netzpolitik.org/2018/gesetzentwurf-
224 verkehrsministerium-will-telekom-schmutzige-tricks-bei-glasfaserausbau-
225 verbieten/](https://netzpolitik.org/2018/gesetzentwurf-verkehrsministerium-will-telekom-schmutzige-tricks-bei-glasfaserausbau-verbieten/)

226 [7] Unternehmen setzen Vorratsdatenspeicherung nicht um:
227 [https://netzpolitik.org/2017/vorratsdatenspeicherung-grosse-provider-speichern-
228 erstmal-nicht/](https://netzpolitik.org/2017/vorratsdatenspeicherung-grosse-provider-speichern-erstmal-nicht/)

229 [8] Polizeikongress: Verbot aller Darknets gefordert:

230 <https://tarnkappe.info/polizeikongress-verbot-aller-darknets-gefordert/>

231 [9] Lethal Autonomous Weapons Pledge: [https://futureoflife.org/lethal-
232 autonomous-weapons-pledge/](https://futureoflife.org/lethal-autonomous-weapons-pledge/)

233 [10] Offener Brief der Free Software Foundation Europe e.V. "Public Money,
234 Public Code"<https://publiccode.eu/de/openletter/>

Begründung

Die Digitalisierung ist in aller Munde. Von Smart City, Cyber Security und dem Internet of Things bis zur Industrie 4.0 werden Schlagworte in Talkshows ausgetauscht oder auf Werbebannern eingeblendet. Wenn Politik und Wirtschaft von Fortschritt reden, wird dabei oft vergessen, welcher Fortschritt eigentlich gemeint ist. Denn Digitalisierung findet ja nicht im luftleeren Raum statt, sondern ist auf eine ressourcen- und energieintensive Infrastruktur angewiesen. Wäre das Internet ein Land, hätte es weltweit den drittgrößten Stromverbrauch – direkt nach den USA und China! Die Anzahl der digitalen Geräte wächst enorm und mit ihr der Ressourcenverbrauch für ihre Herstellung. Für unsere digitalen Errungenschaften arbeiten Menschen, vor allem im Globalen Süden, unter widrigsten Bedingungen in Bergbau und Produktionsstätten.

Durch die Digitalisierung schnellen die Profite einiger weniger Riesenkonzerne in die Höhe. Konzerne wie Google, Facebook und Amazon schaffen mit ihren Angeboten Monopole und können nahezu ungehindert auf unsere Daten zugreifen. Die intransparente Nutzung dieser Daten führt dann beispielsweise dazu, dass wir immer öfter mit immer perfekter auf uns abgestimmten Kaufanreizen konfrontiert sind.

Nicht nur Unternehmen sammeln fleißig unsere Daten, auch für Regierungen werden wir als digitale Bürger*innen ständig transparenter. Überwachungsgesetze, Spionagesoftware oder Vorratsdatenspeicherung, die vermeintlich im Sinne der öffentlichen Sicherheit eingeführt werden, erhöhen gleichzeitig den Druck auf zivilgesellschaftliche Akteure.

Diese Ausführungen machen deutlich, dass die Digitalisierung aktuell eher dazu beiträgt, dass ein ressourcenschwerer und global ungleicher Status quo gefestigt wird. Richtig umgesetzt hätte die Digitalisierung unseres Erachtens jedoch großes Potenzial, um Ressourcen zu schonen, Partizipation zu ermöglichen, die Vernetzung der Zivilgesellschaft zu vereinfachen und umweltfreundliche Lebensweisen zu verbreiten. Damit die Digitalisierung die sozial-ökologische Transformation gut unterstützen kann, sind regulatorische Maßnahmen notwendig, die die Digitalisierung anhand sozial-ökologischer Maßstäbe lenken und bewerten.

A5

Antrag

an die Bundesjugendversammlung der BUNDjugend 2019

Initiator*innen: Test (AG Test)

Titel: Testantrag

Antragstext

1 Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem
2 ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum Lorem ipsum

Begründung

das ist ein Test

Antrag

an die Bundesjugendversammlung der BUNDjugend 2019

Initiator*innen: Bundesvorstand (beschlossen am: 08.04.2019)

Titel: Antrag zur Änderungen der BUNDjugend-Richtlinienlinien

Antragstext

1 Die Richtlinien der BUNDjugend werden wie folgt verändert:
2 (neue Teile fett, verschobene Teile kursiv):

3 **1. Name**

4 Die BUNDjugend ist die Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
5 e.V. (BUND). Sie wird im Rahmen der Satzung des BUND eigenverantwortlich und
6 selbständig tätig.

7 **2. Aufgaben und Ziele**

8 2.1. Zweck der BUNDjugend ist Schutz und Pflege von Natur und Umwelt sowie die
9 Förderung der Jugendarbeit.

10 2.2. Die BUNDjugend macht es sich zur Aufgabe

11 a) den Natur- und Umweltschutzgedanken öffentlich zu vertreten;

12 b) darauf hinzuarbeiten, dass ökologisches Verständnis in Gesellschaft und
13 Schule als allgemeines Bildungsziel anerkannt wird;

14 c) den pädagogischen Schwerpunkt „Schutz und verantwortungsvollen Umgang mit

- 15 Natur und Umwelt“ im Sinne der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) im
16 schulischen und außerschulischen Bereich aktiv zu fördern sowie politische
17 Bildung und entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit zu leisten;
- 18 d) bei Planungen, die für die Natur, Landschaft oder Umwelt des Menschen
19 bedeutsam sind, mitzuwirken;
- 20 e) für einen konsequenten Vollzug der einschlägigen Gesetze einzutreten;
- 21 f) sich gegen alle lebensbedrohenden Techniken zu wenden;
- 22 g) Schädigungen der Natur, des Naturhaushaltes und der Landschaft sowie
23 naturlandschafts- und umweltfeindliche Planungen zu bekämpfen;
- 24 h) Gemeinschaftssinn und soziales Zusammenleben in der Jugendgruppe zu fördern;
- 25 i) Veröffentlichungen über Naturschutz und Landschaftspflege herauszugeben,
26 sowie Vorträge, Führungen, Seminare und Ausstellungen insbesondere für die
27 Jugend zu veranstalten;
- 28 j) ihre Mitglieder über Probleme und Aufgaben des Natur- und Umweltschutzes zu
29 unterrichten und weitere Jugendliche für den Natur- und Umweltschutzgedanken zu
30 gewinnen; die BUND-Landesjugendorganisationen in ihrer Arbeit zu unterstützen
31 und die gesamte Jugendarbeit auf Bundesebene zu koordinieren.
- 32 k) aktiven und gewaltfreien Widerstand gegen Umweltzerstörung zu leisten.

33 2.3. Damit sollen junge Menschen zur aktiven Mitgestaltung der freiheitlichen
34 demokratischen Gesellschaft befähigt werden, insbesondere durch Förderung des
35 verantwortlichen Handelns, des kritischen Denkens sowie des sozialen und
36 solidarischen Verhaltens.

37 **3. Mitgliedschaft**

38 Mitglied der BUNDjugend ist, wer Mitglied des BUND-**Bundesverbands** oder eines
39 Landesverbandes des BUND ist und das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet hat.
40 Wer eine gewählte Funktion innehat, kann bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres
41 in ein entsprechendes Amt gewählt werden und kann dieses bis zum Ablauf der
42 regulären Amtszeit ausüben.

43 Auf Antrag des Mitglieds ruht die Mitgliedschaft bis auf Widerruf.

44 **4. Organe**

45 4.1. Organe der BUNDjugend sind

46 a) die Bundesjugendversammlung

47 b) der Bundesvorstand

48 c) der Bundesjugendrat

49 4.2. Die Sitzungen der Organe sind öffentlich. Die Öffentlichkeit kann durch
50 **einen** Beschluss der Stimmberechtigten **mit einfacher Mehrheit** ausgeschlossen
51 werden.

52 **4.3. Bundesjugendversammlung und Bundesvorstand sind beschlussfähig, wenn auf**
53 **ordnungsgemäße Ladung mindestens 50 Prozent der stimmberechtigten Mitglieder**
54 **erschienen sind und an der Abstimmung teilnehmen. Der Bundesjugendrat ist**
55 **beschlussfähig, sobald wenn auf ordnungsgemäße Ladung die Zahl der**
56 **stimmberechtigten Teilnehmenden mindestens die Hälfte der Landesverbände**
57 **mit existierender Landesjugendleitungen (bzw. Landesvorstand) und einer dem**
58 **Bundesjugendrat mitgeteilten Vertretung entspricht. Eine ordnungsgemäße Ladung**
59 **für die Bundesjugendversammlung ist erfolgt, wenn alle stimmberechtigten**
60 **Mitglieder mindestens vier Wochen vor der Versammlung unter Angabe der**
61 **Tagesordnung schriftlich benachrichtigt worden sind. Bundesvorstand und**
62 **Bundesjugendrat legen für die ordnungsgemäße Ladung selbstständig fest, wie**
63 **lange vor einer Sitzung die Mitglieder unter Angabe der Tagesordnung schriftlich**
64 **benachrichtigt werden müssen.**

65 **4.4. Beschlüsse bedürfen, soweit in den Richtlinien keine anderen Mehrheiten**
66 **vorgeschrieben sind, der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen.**

67 **5. Bundesjugendversammlung**

68 5.1. Die Bundesjugendversammlung ist das höchste Organ der BUNDjugend und soll
69 jedes Jahr mindestens ein Mal zusammentreten. Sie

70 - legt die Grundzüge der Arbeit der BUNDjugend fest;

71 - beschließt die Änderungen der Richtlinien der BUNDjugend;

72 - genehmigt den Haushaltsplan der BUNDjugend;

73 - entlastet den Bundesvorstand.

74 Zudem ist die Bundesjugendversammlung das oberste Wahlgremium. Sie wählt

75 • den Bundesvorstand für die Dauer von zwei Jahren;

- 76 • die Vertretung für den Wissenschaftlichen Beirat und die Vertretung für
77 den Verbandsrat des BUND sowie jeweils deren Stellvertretung für die Dauer
78 von zwei Jahren;
- 79 • vier Delegierte für die Bundesdelegiertenversammlung des BUND sowie
80 Ersatzdelegierte für die Dauer von einem Jahr;
- 81 • zwei Kassenprüfende für die Dauer von einem Jahr, die nicht dem
82 Bundesvorstand angehören dürfen und jährlich für die
83 Bundesjugendversammlung einen Bericht erstellen. **Die** Wiederwahl ist
84 zulässig.

85 *Gewählt ist, wer **mehr als die Hälfte** der abgegebenen gültigen Stimmen erhält.*
86 *Kommt im ersten und zweiten Wahlgang eine solche Mehrheit nicht zustande, so*
87 *erfolgt eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaturen mit den meisten Stimmen.*
88 *Im dritten Wahlgang genügt dann die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen.*

89 5.2. Stimmberechtigt in der Bundesjugendversammlung sind

90 a) die Mitglieder des Bundesvorstandes,

91 b) die Delegierten jeder Landesjugendorganisation,

92 c) die stimmberechtigten Mitglieder sowie die Sprecher*innen des
93 Bundesjugendrats,

94 d) die Vertreter*innen der BUNDjugend im Wissenschaftlichen Beirat und im
95 Verbandsrat des BUND sowie deren Stellvertreter*innen,

96 e) die AK-Sprecher*innen **oder max. zwei andere Vertreter*innen pro Arbeitskreis**

97 **Alle unter 5.2.a) bis e) Genannten müssen Mitglieder nach Artikel 3 sein.**

98 **Jede Person hat eine Stimme. Das Stimmrecht kann nicht übertragen werden.**

99 5.3. Die Delegierten werden von den Landesjugend**organisationen** auf höchstens
100 zwei Jahre gewählt. **Jede Landesjugendorganisation kann bis zu vier Delegierte**
101 **wählen.** Es können beliebig viele Ersatzdelegierte gewählt werden. Falls diese
102 Delegierten ausfallen, kann die **jeweilige** Landesjugendleitung **oder der jeweilige**
103 **Landesvorstand** weitere Ersatzdelegierte benennen.

104 Die Landesjugendorganisationen **melden die** Delegierten sowie **die**
105 **Ersatzdelegierten** unmittelbar nach der Wahl, aber spätestens sechs Wochen vor
106 der Bundesjugendversammlung schriftlich an die BUNDjugend-Geschäftsstelle.
107 **Ebenfalls melden die Landesjugendorganisationen in dieser Frist ihre aktuelle**
108 **Vertretung im Bundesjugendrat.** Gibt es in einem Bundesland keine

109 Landesjugendleitung **bzw. keinen Landesvorstand**, können sich maximal vier Aktive
110 eines Bundeslandes in Rücksprache mit dem Bundesvorstand selbst benennen. Die
111 Benennung wird unverzüglich der Bundesgeschäftsstelle mitgeteilt.

112 Kann ein stimmberechtigtes Mitglied des Bundesjugendrates nicht an der
113 Bundesjugendversammlung teilnehmen, so kann die jeweilige
114 Landesjugendorganisation eine*n Ersatzdelegierte*n bestimmen.

115 **5.4.** Die außerordentliche Bundesjugendversammlung ist einzuberufen, wenn dies
116 vier Mitglieder des Bundesvorstandes oder drei Landesjugendorganisationen
117 schriftlich beantragen.

118 **5.5.** Bei der Bundesjugendversammlung antragsberechtigt sind Mitglieder der
119 BUNDjugend sowie die Organe der BUNDjugend und der Landesjugendorganisationen.
120 Anträge zur Änderung der Richtlinien sind sechs Wochen, alle übrigen Anträge
121 drei Wochen vor der Bundesjugendversammlung an die Bundesgeschäftsstelle der
122 BUNDjugend zu richten. **Delegierte können Initiativanträge stellen. Diese sind**
123 **nur dann zulässig, wenn der Gegenstand des Antrages nach Ablauf der Antragsfrist**
124 **aktuell geworden ist. Die Entscheidung über die Zulässigkeit trifft die**
125 **Tagungsleitung. Diese Entscheidung kann durch eine Mehrheit von 2/3 der**
126 **Delegierten aufgehoben werden. Initiativanträge zur Änderung der Richtlinien**
127 **sind nicht zulässig.**

128 **6. Bundesvorstand**

129 6.1. Der Bundesvorstand besteht aus acht gleichberechtigten
130 Vorstandsmitgliedern. Diese werden **von der Bundesjugendversammlung für jeweils**
131 **zwei Jahre** gewählt. **Die Wiederwahl ist zulässig. Bewerber*innen, die die**
132 **erforderliche Mehrheit an Stimmen erhalten, werden nach Möglichkeit**
133 **geschlechterparitätisch bevorzugt ernannt. Die Geschlechterparität bezieht sich**
134 **auf alle zu diesem Zeitpunkt bereits gewählten Bundesvorstandsmitglieder.**

135 *Blockwahl und Stimmenhäufung bei der Wahl des Bundesvorstandes sind nicht*
136 *zulässig.*

137 **Die Bundesjugendversammlung wählt in der folgenden Reihenfolge:**

138 a) ein Mitglied im Bundesvorstand ausdrücklich zur Vertretung der BUNDjugend im
139 Bundesvorstand des BUND sowie

140 b) ein Mitglied im Bundesvorstand ausdrücklich zur Stellvertretung im
141 Bundesvorstand des BUND sowie

142 c) ein Mitglied im Bundesvorstand ausdrücklich für die Abwicklung der
143 finanziellen Angelegenheiten sowie

144 d) bis zu 5 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes. Sofern noch kein Mitglied
145 des Bundesvorstandes unter 20 Jahren gewählt oder im Amt ist, **werden**

146 **Bewerber*innen unter 20 Jahren, die die erforderliche Mehrheit an Stimmen**
147 **erhalten, bevorzugt ernannt. Die übrigen Plätze werden entsprechend der oben**
148 **geregelten Geschlechterparität ernannt.**

149 *6.2. Die Abwahl von Bundesvorstandmitgliedern ist mit 2/3 der Stimmen der*
150 *Bundesjugendversammlung möglich.*

151 *6.3. Nach Neuwahlen bleibt der Bundesvorstand in seiner alten Zusammensetzung*
152 **geschäftsführend** *bis zur konstituierenden Sitzung des neu zusammengesetzten*
153 *Bundesvorstandes im Amt.*

154 *6.4. Der Bundesvorstand handelt im Sinne der Satzung des BUND und der*
155 *Richtlinien der BUNDjugend.*

156 *6.5. Aufgabenverteilung und gegenseitige Vertretung regelt der Bundesvorstand*
157 *intern.*

158 *6.6. Zur Unterstützung seiner Arbeit kann der Bundesvorstand Beauftragte*
159 *benennen.*

160 *6.7. Der Bundesvorstand bestimmt neben der BUND-Vertretung – und den von der*
161 *Bundesjugendversammlung gewählten Delegierten (siehe 5.1) – drei weitere*
162 *Mitglieder aus seinen Reihen als Delegierte auf der BUND-*
163 *Bundesdelegiertenversammlung.*

164 **7. Der Bundesjugendrat**

165 7.1. Dem Bundesjugendrat gehören an:

166 **stimmberechtigt:**
167 **jeweils ein Mitglied aus den Landesjugendorganisationen, im Verhinderungsfall**
168 **eine zuvor bestimmte Stellvertretung.**

169 **beratend:**

170 a) die Vertretung der BUNDjugend im Verbandsrat des BUND,

171 b) die Vertretung der BUNDjugend im Wissenschaftlichen Beirat des BUND,

172 c) ein Mitglied des Bundesvorstands, im Verhinderungsfall eine zuvor bestimmte
173 Stellvertretung,

174 d) die Sprecher*innen des Bundesjugendrates, sofern diese nicht mehr das Amt der
175 Vertretung einer Landesjugendorganisation innehaben.

176 7.1.1. Die Mitglieder des Bundesjugendrats wählen aus ihrer Mitte für die Dauer

177 von einem Jahr zwei Sprecher*innen. Auch wenn sie keine Landesjugendorganisation
178 mehr vertreten, können die Sprecher*innen ihre Amtszeit fortführen. Eine
179 einmalige Wiederwahl von Sprecher*innen, die keine Landesjugendorganisation
180 stimmberechtigt vertreten, ist zulässig.

181 7.1.2. Die Mitglieder des Bundesjugendrats werden von den jeweiligen Gremien der
182 Landesjugendorganisationen gewählt oder bestimmt. Wird ein Mitglied zur
183 Sprecher*in gewählt, kann die entsprechende Landesjugendorganisation eine neue
184 Person zu ihrer Vertretung im Bundesjugendrat wählen oder bestimmen.

185 7.1.3. Darüber hinaus wählen oder bestimmen die Landesjugendorganisationen
186 jeweils ein stellvertretendes Mitglied.

187 7.2. Die Aufgaben des Bundesjugendrates sind:

188 a) die Kommunikation zwischen Bundesverband und den Landesjugendorganisationen
189 sicher zu stellen sowie Vernetzung und gegenseitige Unterstützung zwischen den
190 Landesverbänden zu erleichtern.

191 b) die Vernetzung der BUNDjugend mit Gremien des BUND zu stärken.

192 c) als beratendes Gremium für den Bundesvorstand zu fungieren. Zu weitreichenden
193 Beschlüssen, die mehrere Landesjugendorganisationen oder den Gesamtverband
194 betreffen, muss der Bundesjugendrat **dazubei Telefonkonferenzen oder**
195 **Bundesjugendratstreffen durch den Bundesvorstand informiert** werden.

196 7.3 Der Bundesjugendrat regelt seine Arbeitsweise über eine Geschäftsordnung,
197 die er sich selber gibt.

198 **8. Arbeitskreise**

199 **8.1.** Arbeitskreise dienen zur Lösung bestimmter Probleme oder zur Bearbeitung
200 bestimmter Fachthemen.

201 **8.2.** Arbeitskreise können von jedem Organ der BUNDjugend eingesetzt werden oder
202 bilden sich im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand.

203 **8.3.** Die AK-Sprecher*innen werden von den Mitgliedern des jeweiligen
204 Arbeitskreises gewählt. Es können maximale zwei Sprecher*innen gewählt werden.
205 Sie vertreten den AK in der Öffentlichkeit nach Absprache mit dem
206 Bundesvorstand. Sie berichten den Organen der BUNDjugend über ihre Tätigkeit.

207 **9. Hauptamtliche Mitarbeitende**

208 **9.1.** Die Anstellung von hauptamtlich Mitarbeitenden **beim** BUNDjugend-

209 **Bundesverband** bzw. von hauptamtlichen Beauftragten für die Jugendarbeit beim
210 **BUND-Bundesverband** bedarf der Zustimmung des Bundesvorstandes.

211 **9.2. Hauptamtliche Tätigkeit bei der BUNDjugend und Mitgliedschaft im**
212 **Bundesvorstand sowie die Ausübung sonstiger gewählter Ämter auf Bundesebene**
213 **schließen sich aus.**

214 **10. Richtlinienänderungen**

215 Änderungen der Richtlinien der BUNDjugend sind nur mit 2/3-Mehrheit der
216 abgegebenen Stimmen möglich.

217 **11. Auflösung**

218 Die BUNDjugend kann mit 3/4 der stimmberechtigten Delegierten einer eigens zu
219 diesem Zweck **einberufenen** Bundesjugendversammlung aufgelöst werden. Im Falle der
220 Auflösung fällt das nach Berichtigung der Verbindlichkeiten verbleibende
221 Aktivvermögen dem BUND zu, der es für die Jugendarbeit zu verwenden hat.

Begründung

Ziel der Änderungen ist es, Lesbarkeit und Kohärenz der in der Vergangenheit immer wieder überarbeiteten und ergänzten Richtlinien zu erhöhen. Daraus ergibt sich eine Vielzahl von verschobenen Textbausteinen (kursiv) und sprachlichen Präzisierungen. Gleichzeitig werden einige veraltete Regelungen an die gängige Praxis in der BUNDjugend angepasst.

Weitere inhaltliche Änderungen betreffen

- Streichung einer ruhenden Mitgliedschaft über das 27. Lebensjahr hinaus,
- die Beschlussfähigkeit des Bundesjugendrats,
- mögliche Wiederwahl von Kassenprüfenden,
- Nicht-Übertragbarkeit des Stimmrechts,
- Streichung des veralteten Formats „Aktiventreffen“ und
- Vereinbarkeit von hauptamtlicher Tätigkeit bei der BUNDjugend und Mitgliedschaft im Bundesvorstand sowie Ausübung sonstiger gewählter Ämter auf Bundesebene.

Die Änderungen sind mit dem Bundesjugendrat abgestimmt. Weitere Erläuterungen erfolgen mündlich bei der BJV. Für Fragen stehen wir gerne auch schon vorher per E-Mail zur Verfügung:

bundesvorstand@bundjugend.de.